

schen Systems begründeten. Sie konnten sich ausrechnen, daß sie damit auf starken innerkirchlichen Widerstand stoßen würden. Und sie sind sich vermutlich zu wenig bewußt, wie leicht ihr Unternehmen bei entsprechender politischer Konjunktur von staatlicher Seite mißbraucht werden könnte. Gegner der Gesellschaft vermuten in ihr allzu schnell ein trojanisches Pferd, über das Partei und Staat Einfluß in der Kirche zu gewinnen suchen.

Dabei wird allerdings nicht nur übersehen, daß die *Nutzung der Möglichkeiten, die das staatliche System für theologisch-kirchliche Zwecke bietet*, etwas völlig anderes ist als Sympathien für den kommunistischen Staat oder gar Kollaboration mit diesem auf Kosten der Kirche. Indem man den Theologen von der „Christlichen Gegenwart“ politisch ein bestimmtes Etikett anhängt, läßt sich leichter verbergen, daß man vor allem mit ihrer Art, Theologie zu betreiben, nicht einverstanden ist. In Wirklichkeit sind jedenfalls die führenden Köpfe der Gesellschaft weder politische Kollaborateure noch revolutionäre Theologen. Was sie theologisch tun, ist nichts anderes als der Versuch, die konziliare und nachkonziliare Theologie, wie sie sich in Europa entwickelt hat, in die kirchliche Verkündigung vor Ort mit einzubringen. Der Kapuziner *Tomislav Šagi-Bunić*, *Vjekoslav Bajsić* (Präsident bzw. Vizepräsident) und *Josip*

Turčinović (Sekretär der Gesellschaft und Leiter des Verlagszentrums) gehören nicht nur wie eine Reihe anderer Professoren an der Theologischen Fakultät Zagreb, die Mitglieder der Gesellschaft sind (etwa die Hälfte der Fakultätsmitglieder zählen zu ihr), zur ersten Garnitur unter den kroatischen Theologen. Sie sind von ihrem kirchlichen Zuschnitt her auch so ziemlich in allem das Gegenteil von dem, was man sich unter einem Friedenspriester in einem kommunistischen Land, etwa in der ČSSR oder in Ungarn, vorstellt. Allerdings gibt es ein gravierendes Problem, das nur zum Teil religiöser Natur ist und das sich in allen Polemiken zwischen der Gesellschaft und ihren kirchlichen Gegnern niederschlagen hat. Die meisten der führenden Köpfe *bejahen den jugoslawischen Staat als politische Organisation der in ihm lebenden Völker*, und sie sehen die erste Gefahr für die Kirche nicht mehr in der kommunistischen Partei, sondern in der das religiöse Leben stark verändernden sozialen und kulturellen Umbruchsituation des Landes, die es der Kirche immer schwerer macht, an die Menschen dort, wo sie leben, heranzukommen. Insofern ist der Konflikt um die *Kršćanska Sadašnjost* Teil des Streits darüber, wie sich der *kroatische* Katholizismus innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft zu verhalten hat und wie die Kirche wieder den Weg zu den Menschen findet, die

auch, aber nicht nur infolge der atheistischen Erziehung keinen Zugang mehr zu ihr haben.

Eine neue Möglichkeit, aufeinander zuzugehen

Müßte die Gesellschaft sich auflösen und deren Verlagszentrum schließen, würde jedenfalls die kirchlich-theologische Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Dazu dürfte es aber kaum kommen. Es sieht ganz danach aus, als ob man seitens des Episkopats gar nicht so sehr die Tätigkeit des Verlagszentrums einschränken oder gar gefährden möchte, sondern lediglich Wert darauf legt, die Gesellschaft zahlenmäßig möglichst klein zu halten. Auch in Rom wird darüber keineswegs einheitlich gedacht. Von der Nuntiat in Belgrad wird die Aktivität der Gesellschaft keineswegs nur negativ eingestuft. Vielleicht bietet die Ernennung des Erzbischofs Kuharić zum Kardinal und die ihm damit zuwachsende Autorität gegenüber dem Episkopat eine neue Möglichkeit, aufeinander zuzugehen und eine Lösung zu finden, die wenigstens das Experiment als ganzes nicht gefährdet. Anders als manche einflußreiche Leute in seiner Umgebung hatte der Kardinal zwar von Anfang an seine Zweifel und mahnte zu Behutsamkeit, hat sich aber selbst nie an der öffentlichen Polemik gegen die Gesellschaft beteiligt. *E. U.*

Von der Agonie in die Militärdiktatur

Warum Solidarność scheitern mußte

Nach gut einem Jahr Militärdiktatur bleibt die Lage in Polen weiter labil. Das nur teilweise und bedingt ausgesetzte Kriegerrecht ist ein Beweis dafür. Deutlicher aber als zur Zeit, als das Experiment Solidarność noch unterwegs war, läßt sich nach dem endgültigen Verbot der Gewerkschaft erkennen, woran diese letztlich scheitern mußte.

Am 22. August 1980 betrat der polnische Vizepremier *Mieczysław Jagielski* als Delegat der Regierung und führendes Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), der führenden politischen Kraft und nach eigenem Selbstverständnis Avantgarde der polnischen Arbeiterklasse, das Gelände der Danziger Lenin-Werft, um mit den Repräsentanten des Zwischenbetrieblichen Streikkomitees mit *Lech Wałęsa* an der Spitze über die

Modalitäten einer Beendigung der Streiks zu verhandeln. Dieser demonstrative Schritt der polnischen Führung versetzte die interessierte Weltöffentlichkeit in ungläubiges Staunen. Das erste Mal in der Geschichte der Volksrepublik Polen hatten die polnischen Kommunisten einen unabhängigen Verhandlungspartner als Repräsentanten einer gesellschaftlichen Interessengruppe anerkannt, und zwar nicht irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe, sondern der Arbeiterschaft, deren Interessen doch nach dem ideologischen Selbstbild nur die Partei und sonst niemand repräsentierte. (Aufgrund ihres besonderen Auftrags tritt die katholische Kirche nicht als Vertreter einer gesellschaftlichen Gruppe in Polen auf. Wenn sie vor 1980 mit der Warschauer Führung „verhandelte“, durchbrach sie nicht das politische Vertretungsmonopol der Partei.)

Zudem hatten die Streikenden an der Ostseeküste der Regierungsdelegation einen Forderungskatalog auf den Tisch gelegt, dessen Erfüllung das politische Herrschafts- und Organisationsmonopol der leninistischen Arbeiterpartei gerade in der Arbeiterklasse auf Dauer untergraben mußte. Unter den 21 Forderungen waren solche, die wegen ihrer Sprengkraft für die bestehende politische Ordnung der polnischen Führung als unannehmbar erscheinen mußten, wie die Forderungen nach von Partei und Arbeitgeber (Staat) unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaften, dem Streikrecht und der Einschränkung des Informationsmonopols der Partei durch eine durchgreifende Liberalisierung der Zensurbestimmungen.

Die Partei und ihr neuer Partner

Die Sensation war perfekt, als die polnische Regierung am 30./31. August 1980 in den später sogenannten *Gesellschaftlichen Vereinbarungen* die Forderungen der streikenden Arbeiter anerkannte, die in diesem Augenblick praktisch die Interessen aller Schichten der polnischen Gesellschaft vertraten. Hatte die Partei endgültig vor der Massenbewegung des Sommers 1980 kapituliert?

Mit der Anerkennung einer von der PVAP unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft im Herbst 1980 durch Partei, Regierung und Gerichte war der *entscheidende Schritt* zur Aufgabe des Organisationsmonopols über die Arbeiterschaft getan. Innerhalb weniger Wochen verlor die Partei die direkte Kontrolle über mehr als 90% der bis dahin in den Staatsgewerkschaften organisierten Arbeiter und damit ihre Legitimationsbasis als „führende Kraft“ beim Aufbau des Sozialismus in Polen – ein präzedenzloser Zustand in einem Land des „real existierenden Sozialismus“, der in den politischen Schlüsseljahren Polens 1956, 1970/71 und 1976 überhaupt nicht zur Diskussion gestanden hatte. Zugleich wurde jedoch in der „selbstbegrenzten Revolution“ (die polnische Soziologin *Jadwiga Staniszkis*) von 1980 die „führende Rolle“ der Arbeiterpartei von der *Solidarność* zumindest pro forma anerkannt. Im Jahre 1980 war mit der offiziellen Anerkennung von unabhängigen, zuvor inoffiziellen und illegalen gesellschaftlichen Institutionen ein politischer und gesellschaftlicher Zustand bereits weit überschritten, den einer der führenden Köpfe der sozialistischen Opposition, *Jacek Kuroń*, schon 1977 gefordert hatte: „Gegenwärtig ist es unerlässlich, eine totalitäre Fassade aufrechtzuerhalten. Unser Programm muß es sein, hinter dieser Fassade, ohne sie zum Einsturz zu bringen, eine pluralistische Gesellschaft zu schaffen, inoffizielle gesellschaftliche Institutionen ins Leben zu rufen, die den wirklichen Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen in der Lage sind“ (zit. nach *Helmut Wagner*, *Die Doppelgesellschaft: Systemwandel in Polen*, Berlin 1981, S. 56).

Seit September 1980 stellte sich für die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei also die Frage, ob sie den „Gesellschaftsvertrag“ des August 1980 akzeptieren werde. Dieser Vertrag hatte die Arbeiterschaft und schließlich die ganze polnische Gesellschaft erstmals in der Ge-

schichte des leninistischen Sozialismus zum anerkannten *gleichberechtigten Partner* gemacht. Oder war die Anerkennung von unabhängigen gesellschaftlichen Kräften nur ein Ausdruck momentaner Schwäche? Mußte diese Anerkennung – da im Zustand der Erpreßbarkeit der Behörden vollzogen – bei günstigerer Lage für Partei und Staatsorgane nicht wieder rückgängig gemacht werden? Ebenso blieb nach dem Sommer 1980 offen, ob die unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte bereit sein würden, die Fassade des Machtanspruchs der PVAP im Staate anzuerkennen, wie es die Führer der *Solidarność* im Herbst 1980 zugesagt hatten. Mußte diese Bereitschaft aber nicht wiederum entscheidend von der glaubwürdigen Erneuerungsbereitschaft der regierenden Arbeiterpartei abhängen?

Im Herbst 1980 war vorübergehend „eine Mischform aus zwei Systemen“ (*Erik Michael Bader*) entstanden. Auf der einen Seite stand die Parteioligarchie, der das Recht zur Regierungsausübung und die „führende Rolle im Staat“ durch die größte gesellschaftliche Gegenkraft, die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*, ausdrücklich zugestanden worden war. Diese Gewerkschaft, die von Beginn an in Anbetracht der mit ihr verknüpften oft widersprüchlichen Erwartungen von seiten der Majorität der polnischen Gesellschaft mehr als eine normale Gewerkschaft war und sich schließlich auf dem Gewerkschaftskongreß im Oktober 1981 selbst auch als „gesellschaftliche Bewegung“ definierte, diese Gewerkschaft erfüllte – teilweise mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung – die Funktion eines Parlaments und einer Opposition gegenüber Regierung und Partei.

Ein Übergangsmodell, das nicht von Dauer sein konnte

Konstitutiv für das ca. 15 Monate existierende Mischsystem waren aber das dieses Übergangssystem paralyisierende Moment der Schwäche der polnischen Kommunisten, das Fehlen eines gesamtstaatlichen Grundkonsenses zwischen Regierung/Partei und *Solidarność* und der Umstand, daß ein Wechsel zwischen Regierung und „Opposition“ ausgeschlossen war. Für beide Seiten war dieses Modell von 1980/81 ein *Übergangsmodell*: für die Parteiführung eine Konzession in einem Augenblick politischer Agonie, die so bald wie möglich und so weit wie möglich wieder rückgängig gemacht werden mußte; für *Solidarność* und die Mehrheit der Bevölkerung nur die zweitbeste Lösung. Der eigentlich notwendige und doch nicht realisierbare beste Weg wäre nach Ansicht der Wortführer der unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte der Gang der PVAP in die vorübergehende Opposition bei Anerkennung der „leitenden Idee des Sozialismus“ von seiten aller gesellschaftlichen Kräfte gewesen – ein Gedankenspiel, das seit 1981 selbst in Parteikreisen Anhänger fand und in Parteizeitungen publiziert wurde (*Gazeta Krakowska*, 10. 12. 81 u. a.).

Das einzige Sanktionsinstrument, das *Solidarność* in dem labilen Übergangssystem besaß, war das *Streikrecht*. Da-

neben gab es praktisch keine autoritativen Regelungsmechanismen, die von außen auf die beiden Seiten Regierung/Partei und Solidarność einwirken konnten. Die Kontrahenten verhandelten miteinander wie zwei feindliche im Waffenstillstand befindliche Mächte und enthielten einander das für ein Funktionieren des Systems notwendige Minimum an Vertrauen vor. In diesem System war ein Streikverbot, das im Herbst 1981 von Partei und Regierung mehrmals angedroht worden war, „von ähnlicher Dimension wie die Aussetzung des Wahlrechts in den Systemen, für die Wahlen die Rolle der politischen Sanktion spielen; es kommt einem Staatsstreich auf Zeit gleich“ (Erik Michael Bader, Das „polnische Modell“ von 1980/81. Ein neues Regierungssystem und seine Schwächen, in: Europa-Archiv F8/25. April 1982, S. 219–230, hier S. 225). Mit der Konstitutionalisierung der Politik in Polen 1980/81 (wachsende Bedeutung des Sejm, der Gerichtsbarkeit, der Parteien u. a.) und infolge der politischen Schwäche der PVAP konnte dieses Streikverbot bis zum 13. Dezember 1981 auf verfassungsmäßigem Wege nicht durchgesetzt werden – eine Einschränkung der „führenden Rolle“ der Partei, die im Realsozialismus beispiellos war.

Die Mittlerdienste der Kirche – vergeblich?

Die katholische Kirche bot ihre guten Dienste zur Überbrückung der Gräben in der Zeit der Erneuerung 1980/81 an, wie sie es in allen Krisensituationen Polens nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatte. Nach August 1980 war dies vor allem ihr Beitrag als Feuerwehr in Situationen am Rande schwerer Konfrontationen. Wenn die Machtproben zwischen Solidarność und Behörden in einem Patt steckenbleiben drohten oder einer der beiden Kontrahenten seine Machtmittel einzusetzen beabsichtigte, griff die katholische Kirche als von beiden Seiten angerufene dritte Kraft vermittelnd ein. Dabei hatte sie immer *das Schicksal der ganzen Nation* im Auge. Sie war als Gemeinschaft, die transzendente Werte vertritt und deren Ziel es nicht ist, *direkt* politische Macht auszuüben, frei von den spezifischen Egoismen, in denen sowohl die PVAP als auch die neue Gewerkschaft gefangen waren. Sicherlich war auch die Kirche Nutznießerin der Erneuerung; sie wußte, was sie selbst verlieren konnte, wenn der Bogen im politischen Spiel überspannt würde.

Nach der Gründung von Solidarność lag der polnischen Führung sogar daran, daß die katholische Kirche einen *bestimmenden Einfluß* auf die Gewerkschaftspolitik bewahrte bzw. ausbauen konnte. Es kam zu der paradoxen Situation, daß die eigentlich die „führende Rolle im Staat“ beanspruchende PVAP einen weiteren Zuwachs an politischem Einfluß der katholischen Kirche im gesellschaftlich-politischen Leben befürwortete, da sie sich davon eine Schwächung der sozialistischen Opposition (v. a. des KSS-„KOR“) in der Gewerkschaftsbewegung erhoffte. Die Partei selbst hatte den direkten Einfluß auf die Massen verloren. Sie brauchte einen Vermittler. Für die Füh-

rung war eine direkte politische Einflußnahme der Kirche das geringere Übel gegenüber der Gefahr, daß Solidarność unter dem Einfluß ihrer politischen Berater zu einer sozialistischen oder christlich-sozialen Oppositionspartei werden könnte. Eine unmittelbare politische Konkurrenz war von der katholischen Kirche im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Gruppierungen nicht zu befürchten. Sie stand über den Parteien. Insofern war der Schaden einer wachsenden politischen Rolle der Kirche für die Partei eingrenzbar und vorläufig berechenbar.

Das KSS-„KOR“ (Komitee der Gesellschaftlichen Selbstverteidigung) stellte dagegen die Führungsrolle der PVAP und damit die Systemstabilität objektiv in Frage, unabhängig davon, ob dies die Absicht seiner Vertreter war. Mit Besorgnis blickte die katholische Kirchenführung deshalb auf den politischen Einfluß des KSS auf Solidarność. Es war ihr dringendes Bedürfnis, die Gewerkschaft behutsam an die eigene Hand zu nehmen, ungeachtet der Risiken eines solchen weitgehenden, direkten politischen Engagements. So mahnte Kardinal *Wyszyński* die Gewerkschaftler, bei ihrem Vorgehen die „richtige Hierarchie der Werte“ einzuhalten: Zuerst sollten sie an die Nation, dann an die Gesellschaft, dann an den Staat – und danach an den großen Bereich der menschlichen Arbeit denken (Słowo Powszechne, 21. 11. 80). Konnte aber diese „Hierarchie der Werte“, die Richtschnur für das Wirken der katholischen Kirche in Polen seit 1945 gewesen war, unbeschadet als Handlungsmaxime von einer gesellschaftlichen Bewegung anerkannt und noch viel mehr praktiziert werden, die nolens volens zum Machtfaktor im politischen Spiel geworden war und konkrete gesellschaftliche Interessen durchzusetzen suchte? Es lag in der Dynamik der polnischen Revolution 1980/81, daß die Autorität der maßgebenden Worte Kardinal Wyszyńskis und seines Nachfolgers *Józef Glemp* im Laufe der Verschärfung des Machtkampfes in Polen bis zum Spätherbst 1981 ständig zurückging (vgl. auch ds. Heft, S. 52).

Die Partei in der Agonie ...

Das polnische Übergangssystem scheiterte letztlich aber nicht an dem sinkenden Einfluß der katholischen Kirche auf die Entscheidungen der Solidarność-Gremien, sondern an der Brüchigkeit der Fiktion von der „führenden Rolle“ der Partei, die von dieser 1980/81 nicht ausgefüllt werden konnte, da sie mehrere miteinander nicht vereinbare Rollen hätte spielen müssen; die Rolle einer abgewirtschafteten und abgelösten Regierungspartei, die Rolle einer erneuerten an die Regierung gekommenen Partei und die Rolle einer vor allem nach außen, in Richtung Sowjetunion und Verbündete, Kontinuität versprechende Partei (vgl. Bader, a. a. O., S. 227).

Die von Solidarność abgegebene Herrschaftsgarantie für die PVAP hätte allein dann eine gewisse Dauerhaftigkeit versprechen können, wenn sich die PVAP glaubwürdig als reformfähige und offensiv auftretende Partei erwiesen hätte. Zu einer konsequenten Reformpolitik konnte sie sich jedoch *trotz innerparteilicher Demokratisierungsten-*

denzen nicht durchbringen. Sie war zu schwach. Sie wurde von der revolutionären Entwicklung getrieben, stand nie an ihrer Spitze und führte nur unter dem Druck der revoltierenden Parteibasis halbherzig innerparteiliche Reformmaßnahmen durch oder kündigte sie an. Für den Außenstehenden erweckte sie den Eindruck, daß sie sich nur widerwillig an den Verhandlungstisch setzte, ja geradezu an ihn herangestreikt werden mußte.

Es ist bemerkenswert, daß sie keine dem Reformflügel zurechenbare Integrationsfigur anbieten konnte, die sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung Respekt eingeflößt hätte. Hiermit ist auch ein Unterschied zu der Entwicklung in der ČSSR 1968 beschrieben. Im „Prager Frühling“ war der Glaube an die Reformfähigkeit des Realsozialismus im sowjetischen Einflußbereich noch nicht völlig erloschen. Die Reformen wurden von oben, von der Partei vorangetrieben. Mit *Alexander Dubček* gab es ein Partei- und Nationalidol. In Polen 1980/81 war das anders. Die Partei leckte ihre Wunden, befand sich in einem ständigen Abwehrkampf und war am 13. Dezember 1981 nur noch ein „Leichnam“, wie es Vize-Premier *Mieczysław Rakowski* Anfang 1982 drastisch ausdrückte.

So war die Fiktion der „führenden Rolle“ der Partei für die *Solidarność* im Laufe der Zeit immer weniger akzeptabel geworden. Unter dem Druck ihrer zunehmend ungeduldig und frustriert werdenden Basis fühlte sich die Gewerkschaftsführung im Spätherbst 1981 gezwungen, in einem politischen Husarenritt die Aufkündigung der Regierungs- und Systemgarantie für die PVAP anzudrohen, die im Herbst 1980 unter der stillschweigenden Bedingung der Einhaltung des „Gesellschaftsvertrages“ gegeben worden war. Dieser Vertrag war spätestens mit dem 19. März von den Behörden erstmals demonstrativ gebrochen worden, als in Bromberg von der Miliz mit Gewalt gegen Gewerkschaftler vorgegangen wurde, ohne daß die Übergriffe geahndet worden wären. Seitdem fühlten sich die das polnische Übergangssystem sprengenden Kräfte in der Gesellschaft mehrfach herausgefordert. So gesellten sich zu der systembedrohenden Agonie der Partei Maßnahmen, die von vielen Gewerkschaftsmitgliedern als gewollte Provokationen empfunden wurden. Hinzu kamen die Unsicherheiten auf beiden Seiten darüber, wo eigentlich die Grenzen dieses „Mischsystems“ lagen.

Schließlich bewahrte das Machtzentrum der PVAP Polen vor der direkten Intervention der Verbündeten, nicht allein aus Loyalität gegenüber den Bruderparteien, sondern auch im ureigenen Interesse an der Erhaltung der Nomenklatura in den Apparaten.

... und die polnischen Probleme wie ein Faß ohne Boden?

Schon bei bestem Willen von Seiten der Arbeiterpartei und der unabhängigen Arbeiterbewegung wären die zu bewältigenden Probleme einer Erneuerung Polens wegen ihrer Kumulation fast unüberwindlich gewesen. Im dritten Bericht des Gesprächskreises „Erfahrung und Zukunft“ (DiP) über „die polnische Gesellschaft nach August 1980“

waren die wichtigsten Konflikte und Probleme aufgezeigt worden (Konwersatorium „Doświadczenie i Przyszłość“. Raport trzeci: Społeczeństwo polskie po sierpniu 1980, in: *Kultura* [Paris], 9/1981, S. 114–175, hier S. 123 f.):

- im politischen Bereich: die Konflikte über die bürgerlichen Freiheiten und den Zugang zu den Staatsorganen, über die Funktionsweise des Regierungsapparates und allgemein die Grundlagen der Verrechtlichung der Politik;
 - im wirtschaftlichen Bereich: die Konflikte über ein Modell der Wirtschaft, das Marktgleichgewicht, die Mechanismen der Entscheidungsfindung, die Mechanismen der Korrektur von Fehlern, die Arbeitsproduktivität sowie über die gesellschaftlichen Konsequenzen der unerläßlichen Rationalisierung der Beschäftigung (Problem der Arbeitslosigkeit);
 - im gesellschaftlichen Bereich: die Konflikte über die Verteilung des Nationaleinkommens, Probleme der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und Moral.
- Nach DiP wurden die Konflikte zwischen den Staatsorganen und der Gesellschaft hervorgerufen durch
- das Mißtrauen und die Ungeduld der Bürger gegenüber den Vorhaben der Macht;
 - das Mißtrauen und den Unwillen der Macht gegenüber den selbstverwalteten und autonomen Vorhaben und Initiativen der Bürger;
 - die wirtschaftlichen und Marktschwierigkeiten, insbesondere den fehlenden Zugang zu den von den Bürgern verlangten Konsumgütern.

Das hieß, längst überfällige, umfassende Reformen auf allen Gebieten hätten unter denkbar ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen schnell und zwischen den Kontrahenten (Partei – gesellschaftliche Kräfte) einvernehmlich eingeleitet werden müssen.

Nur eine starke Partei hätte den Weg freigeben können

Es war die politische Durchschlagskraft der *Solidarność*, die das polnische Drama vom 13. Dezember 1981, die Verhängung des Kriegszustands und später das Verbot der Gewerkschaftsbewegung heraufbeschwor. Es war der allgemeine *Schwächezustand der PVAP und des überkommenen politischen Systems*, die die objektiven Ursachen dafür bildeten, daß auch zunächst begrenzte Veränderungen Erschütterungen der gesamten Herrschaftsstruktur nach sich zogen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Parteimitglieder von der PVAP-Führung aufgefordert wurden, in die *Solidarność* einzutreten, um für den „sozialistischen Charakter“ der Gewerkschaft zu sorgen (*Trybuna Ludu*, 7. 11. 80). Das Ergebnis war, daß die Parteibasis von den demokratischen Strukturen an der Gewerkschaftsbasis derart angetan war, daß sie daraufhin in der PVAP selbst die Demokratisierung von unten forderte und praktisch die Gefahr einer „Sozialdemokratisierung“ der leninistischen Partei nach sich zog.

So paradox es klingen mag, allein eine starke, selbstbewußte und von dem Engagement ihrer Mitglieder getra-

gene Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hätte den Weg für eine allmähliche ursprünglich von der Solidarność initiierte *Systemreform* weisen können. Sie allein hätte der notwendige ebenbürtige Gegner und Verhandlungspartner der neuen gesellschaftlichen Bewegung sein können, der dazu aufgefordert gewesen wäre, sich der Solidarność als politischer Machtfaktor und intellektuelle Herausforderung zu stellen. Eine starke PVAP hätte die Erhaltung der „sozialistischen Errungenschaften“ in Polen gegenüber der Sowjetunion signalisieren und den Realitätssinn in der Solidarność fördern müssen. Auch dieses Szenario hätte große politische Risiken in sich geborgen, hätte die „Betonköpfe“ in der PVAP und ihre Förderer in Moskau, Ost-Berlin und Prag, die Schwärmer in der Solidarność und die Romantiker in der ganzen polnischen Gesellschaft immer aufs neue herausgefordert. Es hätte ebenfalls scheitern können. An dem historischen Scheideweg, an dem sich Polen am Ende der Gierek-Ära befand, barg jedoch jeder Ausweg aus der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und moralischen Existenzkrise ein unkalkulierbares Risiko.

Da die ursprünglich „selbstbegrenzte Revolution“ wegen

des Fehlens einer politischen Gegengewalt in Gestalt der Arbeiterpartei ihren Charakter änderte, war der Erfolg des neuen polnischen Experiments verbaut. Die Desintegration des politischen Systems beschleunigte sich. Der Systemwandel in kürzester Zeit war nicht mehr ausgeschlossen. Die „polnische Revolution“ entwickelte ihre Eigendynamik und veranlaßte ihre Protagonisten (Solidarność) und „Opfer“ (PVAP) zu Aktionen und Reaktionen, die ihre Entscheidungsfreiheit aufs äußerste einengten. In diesem Moment *mußte* der Parteiparat – folgt man der systemimmanenten Logik der Machtsicherung – die Notbremse (mittels Armee und Sicherheitsapparaten) ziehen, wenn er nicht von den entscheidenden Plätzen der politischen Bühne verschwinden wollte, was ihm schon aufgrund der geopolitischen Lage Polens nicht erlaubt war. Das Scheitern der Solidarność folgte aus dem politischen Niedergang der PVAP zwischen August 1980 und Dezember 1981. Es rückte mit der Unausweichlichkeit und mit der Geschwindigkeit näher, mit der der Zusammenbruch der kommunistischen Partei drohte. So gesehen hatte Solidarność einen größeren Gegner verdient.

Dieter Bingen

Religiöse Alternativszenarios. Was steckt dahinter?

Ein Gespräch über Jugendreligionen

Vor den sog. neuen oder Jugendreligionen wird vor allem gewarnt von den Kirchen ebenso wie von den politischen Instanzen, von Pädagogen nicht anders als von betroffenen Eltern, deren Kinder sich solchen Gemeinschaften zuwenden. Die Frage ist, ob dabei nicht häufig über das Ziel hinausgeschossen wird und die Eigenart solcher Gemeinschaften und die Einstellung derer, die ihre Mitglieder und Opfer sind, verkannt werden. Wir sprachen darüber mit dem Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Reinhart Hummel (Stuttgart). Die Fragen stellten David Seiber und Cordelia Seng.

HK: Herr Dr. Hummel, über Jugendreligionen wird nun schon fast seit einem Jahrzehnt viel gesprochen, es gibt eine recht umfangreiche Literatur, dennoch hat man den Eindruck, daß es an der nötigen Grundinformation nach wie vor fehlt. Das fängt schon bei dem Stichwort „Jugend“ an. Deshalb zum Eingang die Frage: Was ist eigentlich „Jugend“ an diesen Gemeinschaften?

Hummel: Der Begriff Jugendreligionen hat sich an Erfahrungen gebildet, die Eltern mit Kindern gemacht haben. Diese Kinder müssen gar nicht sehr jung sein, aber nach meinem Verständnis sind Jugendreligionen solche Gruppen, die in Familien oder auch in anderen Bereichen der Gesellschaft Konflikte hervorgerufen haben. Inzwischen sind die Gruppen natürlich älter geworden und damit auch ihre Mitglieder. Unter diesen Umständen kann man

heute eigentlich, wenn man sich die Alterszusammensetzung anschaut, kaum noch von Jugendreligionen reden.

„Es gibt fließende Übergänge“

HK: Werden die Jugendreligionen – jedenfalls als Gesamtphänomen – nicht eher überschätzt? Manche Bewegungen scheinen ja schon bereits wieder im Abklingen zu sein. Werden da nicht wegen der konkreten Gefährdung einzelner junger Menschen, die sich diesen Gruppierungen anschließen, aus Mücken Elefanten gemacht?

Hummel: Aufs ganze gesehen kann man nicht sagen, daß die Jugendreligionen bzw. deren Mitgliedschaft stark abgenommen haben. Auf der einen Seite sind Bewegungen, wie die Transzendente Meditation oder die Divine-Light-Mission Mitte der siebziger Jahre in eine Krise geraten, haben sich danach in einen schwierigen Prozeß der Konsolidierung begeben und verzeichnen heute keinen nennenswerten Massenzulauf mehr. Aber sie sind immer noch da, und sie sind immer noch in der Lage, neue Mitglieder zu rekrutieren. Auf der anderen Seite wachsen der neureligiösen Hydra immer wieder neue Köpfe nach. Mit dem Zurückgehen der Transzendentalen Meditation und Divine-Light-Mission und anderen Gruppierungen wurde das Feld frei für die Bhagwan-Bewegung, die heute über einen enormen Zulauf verfügt. Trotzdem darf man